

Revolution, Krieg und die Geburt von Staat und Nation

Herausgegeben von
Ewald Frie und Ute Planert



Bedrohte Ordnungen 3

Mohr Siebeck

Bedrohte Ordnungen

Herausgegeben von

Ewald Frie, Mischa Meier und Rebekka Nöcker

Beirat

Regina Bendix, Susanna Burghartz, Astrid Franke, Klaus Gestwa,
Andreas Holzem, Beate Jahn, Irmgard Männlein-Robert, Steffen Patzold,
Karla Pollmann, Uwe Walter, Benjamin Ziemann

3



Revolution, Krieg und die Geburt von Staat und Nation

Staatsbildung in Europa und den Amerikas 1770–1930

herausgegeben von
Ewald Frie und Ute Planert

Mohr Siebeck

Ewald Frie, geboren 1962; Studium der Neueren Geschichte, Mittleren Geschichte und Katholischen Theologie; 1992 Promotion; 2001 Habilitation; seit 2008 Professor für Neuere Geschichte an der Eberhard Karls Universität Tübingen.

Ute Planert, geboren 1964; Studium der Geschichte, Empirische Kulturwissenschaft, Volkswirtschaft und Politikwissenschaft; 1996 Promotion; 2003 Habilitation; Professorin für Neuere Geschichte / Geschichte und ihre Didaktik an der Bergischen Universität Wuppertal.

e-ISBN PDF 978-3-16-153598-7
ISBN 978-3-16-153597-0
ISSN 2197-5477 (Bedrohte Ordnungen)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2016 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Martin Fischer in Tübingen aus der Minion gesetzt und von Hubert & Co. in Göttingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden. Den Umschlag entwarf Uli Gleis in Tübingen; Umschlagabbildung Arturo Michelena, Simon Bolivar presenting the flag of Numancia after the Battle of Araure, 1813 (1883, Detail) © DEA / M. Seemüller, Getty Images.

Vorwort zur Reihe „Bedrohte Ordnungen“

Was geschieht in Gesellschaften, wenn Handlungsoptionen unsicher werden, Verhaltenserwartungen und Routinen in Frage stehen, wenn Akteure das Gefühl gewinnen, sich jetzt oder in naher Zukunft wahrscheinlich nicht mehr aufeinander verlassen zu können, wenn sie von Bedrohung reden, Gründe dafür suchen und sie meistens auch finden? Zeit ist ein knappes Gut. Emotionen treten stärker in den Vordergrund und verändern sich. Grenzen sozialer Gruppen werden fraglich. „Bedrohte Ordnungen“ tragen ein hohes Potential für schnellen sozialen Wandel in sich, das aber nicht immer wirksam werden muss.

„Bedrohte Ordnungen“ können aus Katastrophen hervorgehen. Sie können die Folge plötzlicher gesellschaftsinterner Konflikte sein. Sie können aus latenten Spannungen hervorbrechen oder die Folge einer Konkurrenz von Ordnungen sein. Verschiedene Forschungstraditionen fließen damit in Untersuchungen ein, die nicht von klassifikatorischen Begriffen wie „Aufruhr“, „Revolution“ oder „Naturkatastrophe“ ausgehen, sondern dynamische gesellschaftliche Prozesse ins Zentrum stellen, die mit der Wahrnehmung und Behauptung von Bedrohung und dem Rekurs auf Ordnung zusammenhängen.

„Bedrohte Ordnungen“ gibt es in allen Epochen der Historie und in allen Kulturen der Welt. Wirken über Zeiten und Räume hinweg ähnliche Mechanismen? Lassen sich Unterschiede typologisieren? Die Reihe „Bedrohte Ordnungen“ lädt Geschichts-, Kultur- und Sozialwissenschaftler ein, zu diesen Fragen Beiträge zu liefern. Sie ist dem DFG-geförderten Sonderforschungsbereich 923 „Bedrohte Ordnungen“ verbunden, möchte aber auch über ihn hinaus Forschungen anstoßen und dokumentieren.

Die Reihenherausgeber

Vorwort

Vom 14. bis 16. Februar 2013 veranstaltete der SFB 923 „Bedrohte Ordnungen“ gemeinsam mit dem Seminar für Neuere Geschichte der Universität Tübingen zum 70. Geburtstag von Dieter Langewiesche ein Festkolloquium, das den Titel „Revolution – Krieg – Nation“ trug. Der Zusammenhang zwischen diesen Begriffen ist eines der Lebensthemen von Dieter Langewiesche. Können wir noch der modernisierungstheoretischen Grundannahme folgen, nach der die Ideen von Freiheit und Gleichheit das Gehäuse des Ancien Régime ebenso wie alte koloniale Abhängigkeiten sprengten und die politische Ordnung auf eine neue Legitimationsgrundlage stellten: den Nationalstaat, der, als „Kriegsgeburt“ in Unabhängigkeits-, Sezessions- oder Vereinigungskriegen entstanden, liberalen Bürgerrechten Raum gab und bei starker Abgrenzung nach außen für die Partizipation immer größerer Bevölkerungsgruppen im Inneren sorgte? Welches Bild ergibt sich, wenn wir nicht von West- und Mitteleuropa, sondern von anderen Regionen aus auf die Begriffe, das mit ihnen Bezeichnete und den sich daraus ergebenden Zusammenhang schauen? Zwei Zeiträume standen im Mittelpunkt des Interesses: Die Jahrzehnte um 1800 als dem klassischen Revolutionszeitalter, in dessen Verlauf neu entstehende staatliche Gebilde ältere Formationen ablösten, und die Jahre um den Ersten Weltkrieg, in dessen Umfeld erneut territoriale und politische Ordnungen neu gestaltet wurden.

Für den vorliegenden Sammelband haben die Referenten des Kolloquiums ihre Beiträge im Licht der Diskussion überarbeitet. Dieter Langewiesche hat seinen tagungsabschließenden Kommentar verschriftlicht. Die lebhaften Debatten – viele Gäste des Kolloquiums sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sonderforschungsbereiche „Kriegserfahrungen“ und „Bedrohte Ordnungen“ gewesen – haben so zumindest indirekt Eingang in den Band gefunden. Einige Autoren haben wir nachträglich zur Mitarbeit eingeladen.

Gemeinsam mit den Bandherausgebern haben die Langewiesche-Schülerinnen und -Schüler Friedrich Lenger, Sylvia Paletschek und Cornelia Rauh das Kolloquium geplant und realisiert. Die Organisation lag in den Händen von Maike Hausen, die gemeinsam mit Susanne Borgards auch die redaktionelle Bearbeitung der Publikation übernommen hat. Die Koordination des Gesamtunternehmens lag in den Händen von Andrea Kirstein (SFB „Bedrohte Ordnungen“) und Stephanie Warnke-De Nobili (Mohr Siebeck Verlag). Ihnen allen sei für ihre Mitwirkung herzlich gedankt.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur Reihe „Bedrohte Ordnungen“	V
Vorwort	VII
<i>Ute Planert und Ewald Frie</i>	
Revolution, Krieg, Nation – ein universelles Muster der Staatsbildung in der Moderne?	1
<i>Wolfgang Knöbl</i>	
Der neue Staat und die Revolution oder Schwierigkeiten bei der Analyse der Entstehung der frühen US-amerikanischen Republik	21
<i>Stefan Rinke</i>	
Der Preis der Freiheit: Revolution, Krieg und Nation in Lateinamerika im atlantischen Kontext, 1760–1830	47
<i>Wolfgang Gabbert</i>	
Zwischen Unabhängigkeitskampf, Caudillismus und französischer Intervention – Staats- und Nationsbildung in Mexiko, 1800–1867	65
<i>Jens Späth</i>	
Das <i>Risorgimento</i> : Revolution, Krieg und Nation in Italien	83
<i>Rasmus Glenthøj</i>	
Krieg, Nationalismus und Demokratisierung im Dänemark des 19. Jahr- hunderts. Niedergang des Imperiums und Bildung des Nationalstaates ...	105
<i>Christoph Jahr</i>	
Sonderfall Irland? Revolution, Krieg und Nationsbildung im Westen des Westens	131
<i>Stefan Plaggenborg</i>	
Viel Krieg, keine Nation: Die Entstehung der modernen Türkei	149
<i>Mathias Beer</i>	
Berlin – Bukarest – Paris. Nationalstaat, Krieg und Minderheitenschutz in Südosteuropa am Ende des langen 19. Jahrhunderts	169

Malte Rolf

Die Revolution von 1905 und der Wandel der Nationsbilder
im Russischen Reich 193

Jörg Baberowski

Gewalt als Machttechnik. Revolution und Staatswerdung
an der asiatischen Peripherie der Sowjetunion 211

Dieter Langewiesche

Dreiklang Revolution, Krieg und Nation? Annäherungen 247

Autorenverzeichnis 267

Personenregister 269

Ortsregister 273

Sachregister 277

Revolution, Krieg, Nation – ein universelles Muster der Staatsbildung in der Moderne?

Ute Planert und Ewald Frie

Revolution, Krieg und Nation – diese Trias historiographischer Erklärungsmuster stellte die modernisierungstheoretisch inspirierte Geschichtswissenschaft an die Wiege moderner Staatlichkeit. Damit entwickelte sie ein Modell, mit dem sich der Übergang vom Ancien Régime hin zu politischen Systemen beschreiben lässt, deren Legitimationsgrundlage nicht mehr Monarchie und Religion, sondern die Souveränität der Nation und die Partizipation der Staatsbürger waren. Empirisch weist der europäisch-atlantische Raum zwei Gravitationskerne staatlicher Neubildungen auf: Zum einen die im Zeichen der „atlantischen Revolutionen“ stehende Zeit um 1800 mit den Unabhängigkeitsbewegungen in Nord- und Lateinamerika und den Auswirkungen der Französischen Revolution in West- und Mitteleuropa. Und zum zweiten die Jahrzehnte an der Schwelle zum 20. Jahrhundert, als der Untergang der letzten multiethnischen Großreiche eine Welle neuer Nationalstaatsgründungen anstieß. Immer trugen Kriege – im Weltmaßstab wie die Kriege Napoleons und der Erste Weltkrieg, aber auch Regionalkriege in der Mitte und im Osten Europas – zur Destabilisierung vorhandener und zur Schaffung neuer Ordnungen bei.¹

Revolution, Krieg und Nation – diese begriffliche Trias wurzelt historisch wie historiographisch in Westeuropa und Nordamerika. Doch der nach den Erfahrungen von 1776 und 1789 neu gefasste Revolutionsbegriff, das moderne Nationskonzept und die Durchsetzung der neuen Ordnungen im Krieg wurden als weltweit einflussreich vorgestellt, als erfolgreiche Exportartikel gewissermaßen, die in ihrer gegenseitigen Durchdringung für die Geschichte der anderen Erdteile bedeutsam und für das Verständnis dieser Geschichte nützlich waren. Der vorliegende Band wechselt die Perspektive: Was geschieht, so unsere Frage, wenn die begriffliche Trias an den Rändern ihres Herkunftsraums zur Anwendung

¹ Aus globalgeschichtlicher Sicht und unter Einbeziehung von Bürgerkriegen ließe sich eine dritte Achse der Kriegsverdichtung in den Jahrzehnten nach der Mitte des 19. Jahrhunderts einziehen. Diese Perspektive bleibt hier jedoch aus systematischen Gründen außen vor. Vgl. Jörn Leonhard, *Bellizismus und Nation. Kriegsdeutungen und Nationsbestimmung in Europa und den Vereinigten Staaten*, München 2008; Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*, München 2009; Ute Planert/James Retallack (Hrsg.), *Decades of Reconstruction. Postwar Societies, State-Building, and International Relations. From the Eighteenth to the Twentieth Century* (im Druck).

gebracht wird und das ordnende und sinngebende Zentrum ausgespart bleibt? Ergeben sich dann Muster, die auf das begriffsbildende Zentrum und seine Trias zurückwirken? Die Frage gewinnt ihre Bedeutung durch zwei für unseren Gegenstand zentrale Forschungsdebatten: die Dezentralisierung Europas in der historischen Forschung und die Dekonstruktion der Mythen, die sich um die mit den Begriffen „Revolution“, „Krieg“ und „Nation“ belegten Ereignisse und Ereignisketten ranken. Die folgende Einleitung erläutert diesen Argumentationsgang: Sie stellt zunächst die begriffliche Trias genauer vor und erläutert dann die beiden Forschungsdebatten, die uns dazu bewogen haben, von den Rändern her aufs Zentrum zu blicken. Danach werden die Beiträge der einzelnen Autoren vorgestellt und, deren Erträge zusammenfassend, Hypothesen zu den Folgen vorgeschlagen, die der Blick von den Rändern her auf das modernisierungstheoretische Narrativ haben könnte.

I.

„Die moderne Nation ist eine Kriegsgeburt“², doch ihre Herausbildung stellt einen vergleichsweise spät einsetzenden Sonderfall staatlicher Existenz dar. Kriegerische Gewalt ist vom Aufstieg des modernen Staates nicht zu trennen. Der Finanzbedarf kriegführender Regenten hatte den frühmodernen Staat erst hervorgebracht, weil die Finanzierung immer größerer Heere den Aufbau von Steuerbürokratien und somit von Verwaltungsapparaten notwendig machte. „War made the state, and the state made war“, wie Charles Tilly einen der Kernprozesse europäischer Staatsbildung auf den Punkt brachte.³ In der Frühen Neuzeit handelte es sich dabei zunächst um Staatsbildungskriege, in denen die Durchsetzung der Souveränität des Herrschers gegenüber limitierenden Universal- oder Zwischengewalten im Vordergrund stand. Später lassen sich dynastische und religiöse Kriegsmotive, Territorialkonflikte oder der Kampf um Einflusszonen in Übersee als Kriegsursachen identifizieren.⁴

Nation im Sinne von „natio“, einer zunächst herkunftsbezogenen, dann auch territorial gedachten Ordnung lässt sich dagegen bis ins Mittelalter zurückverfolgen, freilich stets als Teil anderer Identitätszuordnungen und in Konkurrenz zu anderen Systemen der Weltauslegung. Erst als die Aufklärung religiösen Mustern der Welterklärung und der traditionellen politischen Legitimation des

² Nikolaus Buschmann/Dieter Langewiesche, Vorwort, in: Diess. (Hrsg.), *Der Krieg in den Gründungsmythen europäischer Nationen und der USA*, Frankfurt am Main 2003, 9 f., hier 9.

³ Charles Tilly, *Reflections on the History of European-State-Making*, in: Ders. (Hrsg.), *The Formation of National States in Western Europe*, Princeton 1974, 3–83, hier 42.

⁴ Vgl. Wolfgang Reinhard, *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 1999; Bruce D. Porter, *War and the Rise of State. The Military Foundations of Modern Politics*, New York 1994.

Gottesgnadentums den Boden entzog, entstand ein Sinnstiftungsvakuum, das die auf die revolutionäre Übernahme politischer Macht zielenden neuen Eliten mit Konzepten von Nation und Vaterland füllten.⁵ Fürstenherrschaft und ständische Ungleichheit oder koloniale Fremdbestimmung sollten durch Teilhabe und Mitwirkung der Staatsbürger an einem säkularen Staatsgebilde ersetzt werden. Insofern handelte es sich dabei um eine nicht-traditionale Form der Legitimitätsstiftung in der Absicht, überkommene Ordnungen zu destabilisieren und zugunsten eines neuen Ordnungsmodells zu stürzen. Dies war in der Regel nicht ohne fördernde Begleitumstände, etwa Kriegsniederlagen in Mächteauseinandersetzungen oder finanzielle Erschöpfung, zu erreichen und stieß auf die Gegenwehr derjenigen, die von der bisherigen Machtverteilung profitierten. Entsprechend war die Gründung von Nationalstaaten in vielen Fällen mit Kriegen und Revolutionen verbunden. Nicht selten mündeten die Auseinandersetzungen darüber hinaus in einen Bürgerkrieg. Freilich zielte umgekehrt nicht jede Revolution auf die Errichtung eines Nationalstaats ab, und Kriege wie Bürgerkriege wurden auch aus anderen Anlässen geführt.

Allerdings besaßen Kriege, die im Namen der Nation geführt wurden, und Revolutionen, die auf die Gründung von Nationalstaaten abzielten, einen entscheidenden Vorteil. Indem ihre Verfechter als Repräsentanten einer überordneten Gesamtheit auftraten, ließen sich gegenläufige Interessen als partikularistisch denunzieren. Damit war es einer in der Regel kleinen Elite möglich, durch Partizipationsversprechen im Namen der Nation eine große Anzahl von Menschen zu mobilisieren. Freilich war mit der Überwindung der alten Ordnung noch nichts über die Ausgestaltung der neuen staatlichen Verfasstheit ausgesagt. Es blieb umstritten, wer von den gegen Widerstand errungenen Rechten profitieren sollte; universellen Verlautbarungen stand häufig eine partikuläre Praxis gegenüber. Der proklamierte Anspruch auf egalitäre Partizipation entfaltete im historischen Verlauf jedoch eine Dynamik, die rechtliche und politische Ungleichheit zunehmend begründungspflichtig machte und Anknüpfungspunkte für Emanzipationsbestrebungen bot.

Sozioökonomische Voraussetzung für den Aufstieg des Nationalismus war die Entstehung einer neuen Schicht von Gebildeten im Gefolge des Ausbaus des frühmodernen Staates in Europa während des 18. Jahrhunderts, die im Verein mit reformbereiten Adeligen und einer zunehmend breiten Schicht von Wirtschaftsbürgern auf politische Mitbestimmung drängten. Im antikolonialen Kontext der atlantischen Welt übernahmen die amerikanische Siedleraristokratie oder die in der hispanischen Kolonialverwaltung aufgestiegenen kreolischen

⁵ Vgl. *Dieter Langewiesche*, Nation, Nationalismus, Nationalstaat in der europäischen Geschichte seit dem Mittelalter – Versuch einer Bilanz, in: Ders. (Hrsg.), *Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa*, München 2000, 14–34; *Peter Burke*, Nationalisms and Vernaculars, 1500–1800, in: John Breuilly (Hrsg.), *The Oxford Handbook of the History of Nationalism*, Oxford 2013, 21–36.

Eliten diese Funktion. Dabei erwiesen sich nationale Vorstellungen als überaus anpassungsfähig und wandelbar. Im Europa des langen 19. Jahrhunderts fungierte das liberale Bürgertum gleichsam als natürlicher Verbündeter der Nationalidee. In anderen historischen Konstellationen griffen auch andere Trägergruppen nationale Konzepte auf und banden sie in jeweils unterschiedliche politisch-weltanschauliche Systeme ein.⁶

Im Verlauf des 19. und – blickt man auf den internationalen Zusammenhang – verstärkt im 20. Jahrhundert mündeten nationale Vorstellungen in die Gründung von Nationalstaaten ein. Die dann einsetzende Nationsbildung war von bürokratischer und massenmedialer Durchdringung, ökonomischer Modernisierung, der Zurückdrängung intermediärer Gewalten, dem Ausbau von Infrastrukturen, Vereinheitlichungen etwa auf dem Gebiet des Rechts, der Wirtschaft und der Bildung sowie von politischen Homogenisierungsprozessen begleitet.⁷ Mit der allmählichen Nationalisierung der Lebenswelten und der Durchdringung des Alltags trat nationale Identität neben andere Kriterien der Selbstverortung, bis sie, verstärkt in Zeiten außenpolitischer Konflikte und kriegerischer Auseinandersetzungen, zum handlungsleitenden Letztwert avancierte.⁸ Aus Bauern wurden sehr allmählich Deutsche und Franzosen, während sich der Nationalstaat, wie Saskia Sassen formulierte, zur „most complex institutional architecture“ der bisherigen Menschheitsgeschichte entwickelte.⁹

In Bezug auf die Staatsbürgerschaft verfahren die Nationalstaaten dabei nur in den wenigsten Fällen so großzügig wie die erste Französische Republik, die in einem Akt politisch motivierter Kooptation verdienten britischen und deutschen Intellektuellen umgehend und Fremden nach fünf Jahren Aufenthalt das Bürgerrecht verlieh. Wer Staatsbürger war, wurde in den verschiedenen Nationalstaaten unterschiedlich geregelt und hing von einer Vielzahl von Faktoren ab, die mit

⁶ Vgl. die Vielzahl der Beispiele in: *John Breuilly* (Hrsg.), *The Oxford Handbook of the History of Nationalism*, Oxford 2013.

⁷ Vgl. *Miroslav Hroch*, *From National Movement to the Fully-formed Nation: The Nation-building Process in Europe*, in: *Gopal Balakrishnan* (Hrsg.), *Mapping the Nation*, London 1996, 78–97.

⁸ Vgl. *Eugen Weber*, *Peasants into Frenchmen: The Modernization of Rural France, 1870–1914*, Stanford 1976; *Celia Applegate*, *A Nation of Provincials. The German idea of Heimat*, Berkeley/Los Angeles 1990; *Alon Confino*, *The Nation As a Local Metaphor: Württemberg, Imperial Germany, and National Memory, 1871–1918* Chapel Hill 1997; *Ders./Ajay Skaria* (Hrsg.), *Viewed from the Locality: the Local, National, and Global*, *National Identities* 4, H. 1, 2002; *Dieter Langewiesche/Georg Schmidt* (Hrsg.), *Föderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg*, München 2000. Zu Einfluss und Formenwandel des Nationalismus in einer scheinbar post-nationalen Welt vgl. *Rogers Brubaker*, *Nationalism Reframed: Nationhood and the National Question in the New Europe*, Cambridge 1996, und mit Blick auf die USA: *Michael Billig*, *Banal Nationalism*, London 1995.

⁹ Vgl. *Saskia Sassen*, *Territory, Authority, Rights: From Medieval to Global Assemblages*, Princeton 2006, 1.

der bekannten Unterscheidung von *ius solis* und *ius sanguinis* nur unzureichend beschrieben ist.¹⁰

Dabei und manchmal auch quer zu dieser juristischen Ebene blieb die Vorstellung von Nation als Abstammungsgemeinschaft virulent. Die Nation wurde weithin als eine politische Entität verstanden, deren Angehörige die gemeinsame ethnische oder ethnisch-religiöse Herkunft, Geschichte und Kultur einte. Damit war im Zeitalter der Nationalstaaten zunehmend der Herrschaftsanspruch über ein scheinbar historisch verbürgtes Territorium verbunden, das es gegen konkurrierende Ansprüche zu sichern oder zu erobern galt. Auch im Inneren ging das Partizipationsversprechen des Nationalismus mit einer aggressiven Abgrenzung gegen diejenigen einher, die sich nicht in die zuweilen widersprüchlichen und wandelbaren Kriterien nationaler Zugehörigkeit einfügten. Ethnische oder religiöse Minderheiten gerieten unter einen enormen Homogenisierungsdruck, der sich zu Vertreibung und Völkermord radikalisierte. Die politische, wirtschaftliche und soziokulturelle Integrationsleistung des Nationalismus ging mit Aggression nach innen und außen Hand in Hand.¹¹

Nationen waren somit auch Gewaltgemeinschaften.¹² Eben weil es der Nationalstaat verstand, Ressourcen und Zustimmung im Kampf um Territorien zu mobilisieren, setzte er sich im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts in vielen Teilen der Erde als dominantes Staatsmodell durch, sei es durch Dissoziation aus dem Rahmen imperialer Großreiche oder durch den Zusammenschluss bislang getrennter politischer Einheiten.¹³ Integration und Desintegration lagen nah beieinander.¹⁴

II.

Die komplexen Prozesse, die den Wandel der alteuropäischen Gesellschaften hin zu den Staatsnationen des 19. und 20. Jahrhunderts begleiteten, ihre Voraussetzungen und Folgewirkungen sind in den letzten Jahrzehnten intensiv analysiert

¹⁰ Roger Brubaker, *Citizenship and Nationhood in France and Germany*, Harvard 1998; Dieter Gosewinkel, *Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland*, Göttingen 2001; Christoph Conrad/Jürgen Kocka (Hrsg.), *Staatsbürgerschaft in Europa. Historische Erfahrungen und aktuelle Debatten*, Hamburg 2001; Andreas Fahrmeir, *Citizens and Aliens: Foreigners and the Law in Britain and the German States, 1789–1870*, New York/Oxford 2000; Ders., *Citizenship: The Rise and Fall of a Modern Concept*, Yale 2007.

¹¹ Dieter Langewiesche, *Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert: zwischen Partizipation und Aggression*, in: Ders., *Nation* (wie Anm. 5), 35–54.

¹² Vgl. Ute Planert, *Nationalismus*, in: Christian Gudehus/Michaele Christ (Hrsg.), *Gewalt. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Stuttgart 2013, 41–49.

¹³ Breuilly (Hrsg.), *Handbook* (wie Anm. 6).

¹⁴ Ian Clark, *Globalization and Fragmentation: International Relations in the Twentieth Century*, Oxford 1997, 27.

worden. An Theorien und empirischen Untersuchungen herrscht kein Mangel.¹⁵ Zwei Forschungsstränge waren für die Konzeption dieses Bandes von besonderer Bedeutung. Zum einen hat sich die Forschung verstärkt mit den Struktur- und Funktionsbedingungen von Nationalismus in globalen Zusammenhängen beschäftigt und dabei die Vorstellung eines westeuropäischen Leitmodells, an dem andere „Sonderwege“ gemessen werden könnten, zugunsten einer Pluralisierung von Entwicklungspfaden aufgegeben. Zum anderen haben zahlreiche Studien in den unterschiedlichsten Zusammenhängen nationale Mythen dekonstruiert und die Funktion dieser Mythen auf ihre politische Bedeutung hin untersucht. Beide Stränge laufen in diesem Buch zusammen.

Die Nationsforschung hat sich in den letzten Jahren zunehmend einer globalen Sichtweise geöffnet. Diese Perspektivverschiebung hat zu intensiven Diskussionen um die Funktion des Nationalismus in den antikolonialen Bestrebungen des 20. Jahrhunderts, um das Verhältnis von Nationalismus und pan-nationalen Bewegungen im afrikanischen und arabischen Raum oder zur Frage der Nationsbildung in Südostasien geführt – eine komplexe Materie, auf die hier nur cursorisch verwiesen werden kann.¹⁶ Verbunden damit war der Abschied von der Vorstellung eines an den europäischen Ursprüngen orientierten Erfolgsprogramms, das auf gerader Strecke und ähnlichen Wegen von der politischen Idee über Prozesse kultureller Durchdringung zur Staatsbildung führte. Die modernisierende und homogenisierende Wirkung von Nationsbildungsprozessen blieb auch bei der Einbeziehung internationaler Vergleichsprojekte unbestritten, jedoch wurde die normative Vorstellung westeuropäischer Leit- und andersgearteter Sonderwege zugunsten einer multiperspektivischen Sichtweise aufgegeben. Auch wenn die frühen Nationskonzepte von Westeuropa ausgingen, so handelte es sich doch stets um Formen wechselseitiger Beeinflussungen über Zeiten und Kontinente hinweg, die in unterschiedlichen Zeiten und Räumen zu ganz verschiedenen Ausprägungen führten. Mit Blick auf Europa hatte Anne-Marie Thiesse diese Einsicht schon 1999 auf den Punkt gebracht: „Rien de plus international que la formation des identités nationales“.¹⁷

¹⁵ Die einschlägige Literatur füllt ganze Bibliotheken und kann daher hier nicht annäherungsweise angeführt werden. Vgl. daher als erste Annäherung etwa *Anthony B. Smith*, *Nationalism and Modernism. A critical reader of Recent Theories of Nations and Nationalism*, London 1998; *John Breuilly*, *Nationalism and the State*, Manchester 1993; *Ders.* (Hrsg.), *Handbook* (wie Anm. 6); *Hans-Ulrich Wehler*, *Nationalismus. Geschichte, Formen, Folgen*, München 2001; *Dieter Langewiesche*, *Reich, Nation, Föderation. Deutschland und Europa*, München 2008; *Oliver Zimmer*, *Nationalism in Europe, 1890–1940*, London 2003; *Liah Greenfeld*, *Nationalism: Five Roads to Modernity*, Cambridge, Mass. 1992; *Eric J. Hobsbawm*, *Nations and Nationalism since 1780: Programme, Myth, Reality*, Cambridge 1992; *Ernest Gellner*, *Nationalism*, London 1997; *Geoff Eley/Ronald G. Suny* (Hrsg.), *Becoming National. A Reader*, New York, Oxford 1996.

¹⁶ Vgl. als Annäherung und mit weiterführender Literatur *Breuilly*, *Handbook* (wie Anm. 6).

¹⁷ Vgl. *Anne-Marie Thiesse*, *La création des identités nationales. Europe XVIII^e–XX^e siècle*, Paris 1999.

Eine ähnliche Abkehr von der Annahme allzu geradlinigen Entwicklungsschemata lässt sich auch bei der Diskussion um das Verhältnis von Nationalismus und Globalisierung einerseits, sowie, mit weniger Gegenwartsbezug, um die Rolle der Imperien im Zeitalter des Nationalstaates andererseits beobachten. Die vollmundige, freilich nicht von Historikern vorgetragene Rede vom Ende des nationalen Zeitalters ist der Einsicht gewichen, dass man es gegenwärtig eher mit der Transformation moderner Nationalstaaten im Zeichen der Beschränkung nationaler Politik durch supranationale Institutionen und ökonomische Verflechtungen zu tun hat.¹⁸ Das Ende nationalstaatlicher Aufgabentableaus etwa bei der Sicherstellung grundlegender Lebensbedürfnisse ist nicht in Sicht. Ohne die Legitimationskraft des Nationalen wären etwa in der Bundesrepublik die immensen monetären Transferleistungen von West nach Ost nach dem Mauerfall undenkbar gewesen. Daher verwundert es nicht, dass in den entwicklungspolitischen Debatten um die *failed states* in Afrika und dem Mittleren Osten die Frage nach den Voraussetzungen des *nation-building* ganz oben steht.¹⁹ Aus historischer Perspektive spricht viel dafür, globale und nationale Entwicklungen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern von einer interdependenten Koevolution globaler und nationaler Einflussphären und Beziehungen auszugehen.²⁰

In vergleichbarer Weise wurde auch die Gegenüberstellung von Imperien und Nationalstaaten hinterfragt. Imperien erschienen in der Nationalismusforschung lange lediglich als Phänomene des Niedergangs überkommener Herrschaftsorganisation, die unter dem Ansturm moderner nationaler Bewegungen notwendig zusammenbrechen mussten. Inzwischen ist die Argumentation differenzierter geworden. Nicht nur Großbritannien, das sicher eine eigene Kategorie im Machtgefüge der europäischen Staatenwelt bildet, sondern auch andere Großreiche wie Russland, das Osmanische Reich oder die Habsburger Monarchie werden mittlerweile als bedeutsame Alternativen zur politischen Ordnungsform des Nationalstaats im 19. Jahrhundert betrachtet. Bei genauerem Hinsehen erweist sich, dass die beiden Herrschaftsformationen in der politisch-administrativen Praxis des fortschreitenden 19. Jahrhunderts weniger Unterschiede aufwiesen, als ihre systematische Unterscheidung vermuten ließe. Vielmehr lässt sich zeigen, dass Großreiche Regierungspraxen von den Nationalstaaten übernahmen, während umgekehrt Nationalstaaten begannen, sich ein überseeisches Kolonialreich zu schaffen. Von daher kann statt von Gegensätzen eher von Unterschieden und

¹⁸ Karl Jaspers hatte vor einem anderen politischen Hintergrund bereits 1960 das Ende des Nationalstaates konstatiert und die „Verwirklichung der Freiheit im Gesamtleben konföderierter Staaten“ gefordert, vgl. *Karl Jaspers*, Freiheit und Wiedervereinigung. Über Aufgaben deutscher Politik, München 1960, 53–55.

¹⁹ Vgl. *Jochen Hippler* (Hrsg.), Nation-Building: Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung? Bonn 2004.

²⁰ Vgl. mit einer knappen Liste weiterführender Literatur: *Jürgen Osterhammel*, Nationalism and Globalization, in: Breuilly (Hrsg.), Handbook (wie Anm. 6), 694–709, und *Sassen*, Territory (wie Anm. 9).

einer strukturellen Annäherung sich nationalisierender Imperien und imperial agierender Nationalstaaten im 19. und frühen 20. Jahrhundert gesprochen werden.²¹

Für den vorliegenden Band bedeutet diese globalgeschichtliche Wende, dass in der Frage nach der Entstehung von Nationalstaaten nicht länger von einem (west)europäischen Standardmodell ausgegangen werden kann, an dessen erfolgreicher oder weniger erfolgreichen Umsetzung dann die Qualität der Nationsbildung in anderen Regionen zu messen wäre. Vielmehr zeigen nicht nur der Blick auf Übersee oder Asien, sondern bereits Beispiele aus Europa selbst, dass der Dreiklang von Revolution, Krieg und Nation bei der Entstehung moderner Nationalstaaten zwar eine Rolle spielte, aber nicht immer diejenige, die ihm in der nationalen Mythenbildung zugemessen wurde.

Damit wäre der zweite Forschungskontext angesprochen, in den sich der vorliegende Band einfügt. Seit Benedict Anderson Nationen als „imagined communities“ beschrieb und damit auf Eric Hobsbawms Überlegungen zur Erfindung von Traditionen rekurrierte, haben sich zahlreiche Studien aus kulturhistorischer Sicht mit der Nation beschäftigt und dabei insbesondere die Entstehung und Verbreitung nationaler Mythen und Symbole analysiert.²² Sie bestätigten damit das bekannte handlungssoziologische Theorem, nach dem immer dann, „wenn Menschen Situationen als real definieren, [...] sie in ihren Folgen real“ sind.²³

Nun wäre es freilich zu kurz gegriffen, Nationsbildung, Revolution und Krieg nur aus der Perspektive von Diskursereignissen und Mythenschöpfungen zu analysieren. Der kulturhistorische Blick auf die Nation erweist sich jedoch als scharfes Instrument, das es erlaubt, gewissermaßen im Umkehrschluss Phänomene in den Blick zu nehmen, die für das Verständnis historischer Prozesse von Nationsbildung weitreichende Konsequenzen hatten. Wo nationale Meistererzählungen als Gründungsmythen dekonstruiert werden, wird der Weg frei für eine andere, wenngleich ebenfalls zeitgebundene Sicht der Dinge. Auf diese Weise führte die lustvoll betriebene Dekonstruktion nationaler Mythologeme in den letzten Jahren zu Ergebnissen, die in zentralen Punkten die Revision festgefügtter Vorstellungen zur europäischen Nationsbildung notwendig machen.

Im Mittelpunkt solcher Revisionsbemühungen stand insbesondere die Zeitachse um 1800, der Jürgen Osterhammel wie schon Reinhart Koselleck einen eigenen Epochencharakter zuschreibt.²⁴ Hier mehrten sich in den letzten Jahren die

²¹ Vgl. Jörn Leonhard/*Ulrike von Hirschhausen*, Empires und Nationalstaaten im 19. Jahrhundert, Göttingen 2009; *Dieter Langewiesche*, Das Jahrhundert Europas. Eine Annäherung in globalhistorischer Perspektive, in: *Historische Zeitschrift* 296, 2013, 1, 29–48.

²² Vgl. *Eric Hobsbawm*, Introduction: Inventing Traditions, in: Ders./Terence Ranger (Hrsg.), *The Invention of Traditions*, Cambridge 1983; *Benedict Anderson*, *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London 1983.

²³ *Hartmut Esser*, *Soziologie. Spezielle Grundlagen*, Bd. 1: Situationslogik und Handeln, Frankfurt am Main 1999, 59–73.

²⁴ Vgl. *Osterhammel*, *Verwandlung der Welt* (wie Anm. 1), hier insbesondere 102.

Stimmen, die der These von der „Great Divide“ um 1800 skeptisch gegenüberstehen und aus unterschiedlicher Perspektive bezweifeln, dass der Beginn der Moderne gleichsam auf die Französische Revolution zu datieren ist. Kurz gefasst lauten die Argumente dahingehend, dass die Modernität der Frühen Neuzeit unter- und die Entwicklungen im 19. Jahrhundert überschätzt werden. Das gilt bereits für die ‚fortschrittlicheren‘ Staaten Westeuropas und umso mehr, je mehr man die europäischen Staaten in ihrer Gesamtheit mit ihren unterschiedlichen Entwicklungsgeschwindigkeiten in den Blick nimmt.²⁵

In Bezug auf den Nationalismus ist dabei insbesondere auf die weit in die Frühe Neuzeit zurückreichende und im Krieg geschärfte Tradition eines nationalen Eigenbewusstseins, vor allem aber auf die Entwicklung der Publizistik im 18. Jahrhundert und die Bedeutung des Siebenjährigen Krieges für die Herausbildung nationaler Identitäten verwiesen worden.²⁶ Insbesondere aber herrscht nach mehr als einem Jahrzehnt internationaler Forschungstätigkeit Konsens, dass die Bedeutung der napoleonischen Kriege und des Widerstandes gegen die französische Herrschaft als Katalysatoren für die Entstehung des modernen Nationalismus relativiert werden müssen. Charles Esdaile, Michael Broers, Martin P. Schennach und andere haben für Spanien, Italien, Tirol und andere Regionen des untergegangenen Alten Reiches überzeugend dargelegt, dass nationale Beweggründe für den Widerstand gegen die napoleonische Herrschaft nur eine untergeordnete Rolle spielten und auf kleine Bevölkerungssegmente beschränkt blieben. Stattdessen dominierten Religiosität, Lokalismus, ökonomische Motive und Opposition gegen den modernisierenden Zugriff der Staatsgewalt einschließlich der verhassten Wehrpflicht. Viele der vermeintlichen Nationalhelden erwiesen sich bei genauerem Hinsehen nicht als Verfechter einer neuen, sondern als Verteidiger der alten Ordnung oder waren verarmte Outlaws auf der Suche nach Subsistenz, die die politischen Wirren der Zeit für eigene Zwecke nutzten. Für die Mehrheit der Bevölkerung gilt unter Beachtung regionaler und sozialer Unterschiede, dass in den meisten Fällen die Bewältigung des Kriegsalltags im Vordergrund stand und religiöse sowie regionale Bindungen nationale Motivationen bei weitem übertrafen.²⁷

²⁵ Vgl. *Burke*, Nationalisms and Vernaculars (wie Anm. 5); *Ute Planert*, International Conflict, War, and the Making of Modern Germany, 1740–1815, in: Helmut Walser Smith (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Modern German History*, Oxford 2011, 91–118.

²⁶ Vgl. *David A. Bell*, *The Cult of the Nation*, Cambridge, Mass. 2001; *Ders.*, *The First Total War. Napoleon's Europe and the birth of warfare as we know it*, Boston, Mass. 2007; *Linda Colley*, *Britons. Forging the Nation 1707–1837*, Yale 1992; *Ute Planert*, Wann beginnt der „moderne“ deutsche Nationalismus? Plädoyer für eine nationale Sattelzeit, in: Jörg Echternkamp/Sven O. Müller (Hrsg.), *Die Politik der Nation. Deutscher Nationalismus in Krieg und Krisen, 1760–1960*, München 2002, 25–59.

²⁷ Vgl. *Michael Broers*, *Napoleon's Other War: Bandits, Rebels and their Pursuers in the Age of Revolution*, Oxford 2010; *Martin P. Schennach*, *Revolte in der Region. Zur Tiroler Erhebung 1809*, Innsbruck 2009; *Ute Planert*, *Der Mythos vom Befreiungskrieg. Frankreichs Kriege und der deutsche Süden, 1792–1841*, Paderborn 2007; *Charles Esdaile*, *Fighting Napoleon: Guerillas,*

Mit der Weitung des historischen Blickes hat sich auch die Sicht auf die napoleonischen Kriege verändert, die einer verbreiteten Auffassung zufolge an der Wiege der modernen Nationsbildung stehen. Wo nicht mehr vornehmlich deutsch-französische Beziehungsgeschichte geschrieben wird, sondern der internationale Zusammenhang in den Vordergrund tritt, wird rasch deutlich, dass es trotz des aus deutscher Sicht so bedeutsamen Untergangs des Alten Reiches im Weltmaßstab weniger um eine Auseinandersetzung zwischen Frankreich und den Vormächten des deutschsprachigen Europas ging. Entscheidend und für die napoleonische Politik handlungsleitend war vielmehr der französisch-britische Gegensatz, der seit dem Siebenjährigen Krieg mit seinen für Frankreich verheerenden Folgen und der daraus resultierenden französischen Unterstützung der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung nochmals an Schärfe gewonnen hatte. Napoleon führte also keinen Nationalkrieg gegen das Deutsche Reich, Spanien oder Russland, wie man in der älteren und zuweilen auch noch in der jüngeren spanischen oder russischen Literatur lesen kann.²⁸ Der französische Kaiser führte einen Imperialkrieg, bei dem die Frage der Landhegemonie nicht unwichtig war, bei dem aber letztlich die Mächtekonkurrenz mit dem British Empire um die Vorherrschaft in Übersee im Mittelpunkt stand.

Was Krieg und Nation während der angenommenen Ursprungsphase des modernen Nationalismus um 1800 bedeuten, ist mithin in jüngster Zeit gründlich dekonstruiert worden. Auch die schon zu Zeiten des Ost-West-Gegensatzes intensiv geführte Diskussion um den Revolutionsbegriff hat durch die Einbeziehung der globalen Perspektive eine neue Wendung genommen. War den Vertretern einer an der Französischen Revolution gemessenen ‚vollständigen‘ Revolutionstheorie die amerikanische Verfassungsrevolution schon immer suspekt, bestärkte die Frage nach imperialer Ausdehnung, Rassismus und dem historischen Ort der Sklaverei all jene, die in den nordamerikanischen Vorgängen allenfalls ein Projekt der (männlichen) Siedler-Elite auf der Suche nach politischer Anerkennung sahen.²⁹ Auch die Literatur zur südamerikanischen Unabhängigkeit hat mittlerweile ihren Heroismus verloren. Die Meistererzäh-

Bandits and Adventurers in Spain, New Haven 2004; *Charles Esdaile* (Hrsg.), *Popular Resistance in the French Wars: Patriots, Partisans and Land Pirates*, Basingstoke 2005; *Michael Rowe*, *From Reich to State: The Rhineland in the Revolutionary Age, 1780–1830*, New York/Cambridge 2003; *Alan Forrest*, *Déserteurs et insoumis sous la Révolution et l’Empire*, Paris 1988; *Roger Dupuy*, *De la Révolution à la Chouannerie*, Paris 1988.

²⁸ Vgl. dagegen den aktuellen Forschungsstand bei *Dominic Lieven*, *Russia against Napoleon: The Battle for Europe, 1807 to 1814*, New York 2010 (deutsch München 2011); *Janet Hartley*, *The Russian Empire: Military Encounters and National Identity*, in: Richard Bessel/Nicholas Guyatt/Jane Rendall (Hrsg.), *War, Empire and Slavery, 1770–1830*, Basingstoke 2010, 218–234; mit weniger Distanz zu den Quellen *Adam Zamoyski*, *1812: Napoleons Feldzug in Russland*, München 2012.

²⁹ Vgl. etwa die Beiträge in *Richard Bessel/Nicholas Guyatt/Jane Rendall* (Hrsg.), *War, Empire and Slavery, 1770–1830*, Basingstoke 2010; *Karen Hagemann/Gisela Mettele/Jane Rendall* (Hrsg.), *Gender, War and Politics. Transatlantic Perspectives, 1775–1830*, Basingstoke 2010.

lungen, denen die Unabhängigkeitskriege als revolutionäre Geburtsstunde der Nation galten, wurden von einer revisionistischen Geschichtsschreibung abgelöst, die regionale und ethnisch-soziale Disparitäten ebenso in den Blick nimmt wie die Vielfalt und Heterogenität der politischen Zielsetzungen. Die These von der Unvermeidbarkeit der Revolution wurde damit ebenso erschüttert wie die Vorstellung von der revolutionären Einheit der Nation.³⁰

Die vielerorts zu beobachtende Tendenz zur Dekonstruktion nationaler Mythenarsenale macht deutlich, dass in diesen Fällen der Mythos inzwischen erkaltet und damit wissenschaftlicher Bearbeitung zugänglich geworden ist. Ganz anders stellt sich die Situation in Räumen dar, in denen noch um die politische Ordnung, um die Berechtigung daraus resultierender Ansprüche oder um die Vergangenheitspolitik gestritten wird. Hier entfalten ‚heiße‘ Mythen weiterhin ihre Kraft, indem sie die Wahrnehmung strukturieren und Einfluss auf gegenwärtiges Handeln nehmen.³¹ In einem solchen Kontext können Nationalmythen zum Tatmotiv werden.³²

Bekanntlich sind nationale Mythen Erzählungen, in denen es um die Herstellung von Bedeutsamkeit geht. Mythen sind der Wirklichkeit nicht entgegengesetzt, sondern ermöglichen eine spezifische Art von Wirklichkeitserfahrung.³³ Sie bieten Orientierung und reduzieren die Vielschichtigkeit ökonomischer, sozialer und politischer Prozesse. Historische Kontingenz wird in Signifikanz überführt. Mythen wirken sinnstiftend, indem sie Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft miteinander verknüpfen. Dabei interpretieren sie die Vergangenheit im Licht des aktuell Bedeutsamen und verknüpfen es mit einer appellativen Zukunftserwartung.

Eine der wichtigsten Funktionen nationaler Mythen liegt darin, in Abgrenzung zu einem externen oder internen „Anderen“ die nationale Identität der eigenen Gruppe herzustellen und über die Zeiten hinweg zu tradieren.³⁴ Ohne Gründungsmythos kommt daher keine Nation aus. Gründungsmythen

³⁰ Vgl. die Zusammenfassung des Forschungsstandes bei *Stefan Rinke*, *Revolutionen in Lateinamerika. Wege in die Unabhängigkeit, 1760–1830*, München 2010, der gleichwohl am Revolutionsbegriff festhält.

³¹ Zur Rede von den „heißen“ und den „kalten“ Mythen vgl. *Herfried Münkler*, *Die Deutschen und ihre Mythen*, Berlin 2009.

³² Vgl. *Holm Sundhausen*, *Kriegserinnerung als Gesamtkunstwerk und Tatmotiv: Sechshundert Jahre Kosovo-Krieg (1389–1999)*, in: *Dietrich Beyrau* (Hrsg.), *Der Krieg in religiösen und nationalen Deutungen der Neuzeit*, Tübingen 2001, 11–40.

³³ Vgl. *Kurt Hübner*, *Die Wahrheit des Mythos*, München 1985.

³⁴ Vgl. *Helmut Berding* (Hrsg.), *Mythos und Nation. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit 3*, Frankfurt am Main 1996; *Helmut Altrichter/Klaus Herbers/Helmut Neuhaus* (Hrsg.), *Mythen in der Geschichte*, Freiburg im Breisgau 2004; *Klaudia Knabel/Dietmar Rieger/Stephanie Wodianka* (Hrsg.), *Nationale Mythen – kollektive Symbole. Funktionen, Konstruktionen und Medien der Erinnerung*, Göttingen 2005; *Jürgen Link/Wulf Wülfing* (Hrsg.), *Nationale Mythen und Symbole in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Strukturen und Funktionen von Konzepten nationaler Identität*, Stuttgart 1991.

erzeugen kollektive Identitätsvorstellungen, formulieren einen konsensfähigen Wertekanon und legitimieren die Verteilung von Macht und Privilegien.³⁵ Dass Staatsbildungsprozesse fast durchweg mit Krieg und Bürgerkrieg verbunden waren, spiegelt sich im Mythenarsenal der Nationen wider. Drei Viertel der europäisch-amerikanischen Nationalmythen des 19. Jahrhunderts drehten sich um Kriegsmotive.³⁶ Über die reale Bellizität einer Nation ist damit freilich nichts ausgesagt.³⁷

Allerdings, und darauf hat Dieter Langewiesche mit Rudolf Speth aufmerksam gemacht, bilden politische Mythen kein feststehendes und engmaschiges Korsett, das stets auf die gleiche Weise reproduziert werden könnte. Vielmehr zeichnen sich erfolgreiche Mythen gerade durch ihre Deutungsoffenheit und dadurch aus, dass sie das Potential haben, synchron oder diachron unterschiedliche Handlungsoptionen zu legitimieren. Eine adäquate Analyse hätte Mythen also als Form der Wirklichkeitsaneignung zu begreifen und danach zu fragen, auf welche Weise sie in welcher historischen Situation ausgestaltet und verwendet wurden, mit welchen anderen Bildern sie konkurrierten, wer sie in welcher Absicht verbreitete und auf welche Bedürfnisse sie reagierten. Ein 2003 aus dem Umfeld des Tübinger Sonderforschungsbereichs „Kriegserfahrungen“ hervorgegangener Konferenzband hat für eine Vielzahl von kriegerischen Gründungsmythen moderner Nationalstaaten erste Antworten formuliert.³⁸

Der hier vorliegende Band, der auf eine Tübinger Tagung zum 70. Geburtstag von Dieter Langewiesche zurückgeht, nimmt diese Fragestellung in veränderter Form auf und trägt sie an die Ränder Europas und über Europa hinaus. Wenn nationale Gründungsmythen aus dem Grund erzählt werden, dass dadurch Konflikte und Verteilungskämpfe stillgestellt und die Einheit der Nation behauptet werden; wenn sie als Medium der Selbstvergewisserung und der Orientierungsstiftung fungieren; wenn sich damit territoriale Ansprüche und Privilegien legitimieren lassen; wenn sie das Geschehen adeln und Opfer rechtfertigen, indem sie Heldengeschichten erzählen; wenn beim Übergang zwischen unterschiedlichen Ordnungssystemen Revolution und Krieg als unvermeidliches, ja notwendiges Zwischenstadium auf dem Weg zu einer gerechteren Ordnung erscheinen; wenn

³⁵ Vgl. Yves Bizeul, Theorien der politischen Mythen und Rituale, in: Ders. (Hrsg.), Politische Mythen und Rituale in Deutschland, Frankreich und Polen, Berlin 2000, 15–39, hier 21–23; Matteo Galli/Heinz-Peter Preusser (Hrsg.), Deutsche Gründungsmythen, Heidelberg 2008.

³⁶ Vgl. Monika Flacke (Hrsg.), Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama. Begleitband zur Ausstellung vom 20. März 1998 bis 9. Juni 1998, 2. Aufl. München/Berlin 2001.

³⁷ Vgl. Rudolf Speth, Nation und Revolution. Politische Mythen im 19. Jahrhundert, Opladen 2000; Dieter Langewiesche, Krieg im Mythenarsenal europäischer Nationen und der USA. Überlegungen zur Wirkungsmacht politischer Mythen, in: Buschmann/Langewiesche (Hrsg.), Krieg in den Gründungsmythen (wie Anm. 2), 13–22; Ders., Unschuldige Mythen: Gründungsmythen und Nationsbildung in Europa im 19. und 20. Jahrhundert, in: Kerstin von Lingen (Hrsg.), Kriegserfahrung und nationale Identität in Europa nach 1945. Erinnerung, Säuberungsprozesse und nationales Gedächtnis, Paderborn 2009, 27–41.

³⁸ Vgl. Buschmann/Langewiesche (Hrsg.), Krieg in den Gründungsmythen (wie Anm. 2).

also kurz historische Notwendigkeit behauptet wird, wo Situationen offen sind: Wie stellt sich dann die historische Situation jenseits der Mythisierung dar?

III.

Die in diesem Band versammelten Beiträge versuchen eine Antwort, indem sie untersuchen, inwiefern sich die an west- und mitteleuropäischen Beispielen entwickelte Vorstellung und in vielen Mythen aufgegriffene Behauptung eines engen Zusammenhangs von (Revolutions-)Kriegen und Nationalstaatsbildung auf andere Regionen übertragen lassen. Drei Fallstudien aus Nord- und Lateinamerika sowie sieben Untersuchungen aus Skandinavien, Osteuropa, dem Süden und dem äußersten Westen des europäischen Kontinents machen deutlich, dass der Mythos der nationalen Revolution, die im Krieg gegen widerstrebende Mächte durchgesetzt werden musste, zwar nicht immer eines wahren Kerns entbehrte. Vor allem aber verdeckte er zeitgenössische Kontingenzen, Konkurrenzen und Konflikte. Geschichte wurde im Sinn gegenwärtiger Zeitbedürfnisse und im Interesse der herrschenden Eliten umgedeutet und legitimiert. Zuweilen konnte der Mythos auch dazu dienen, Verbrechen, die im Namen der Nation begangen wurden, zu verschleiern.

Der Soziologe Wolfgang Knöbl nimmt die US-amerikanische Staatsbildung in den Blick und erinnert daran, dass dabei der mit der britischen Kolonialmacht assoziierte Begriff Nation lange Zeit explizit vermieden worden war. Aus einer *settlers revolt* hervorgegangen, die erst durch die Reaktion des Mutterlandes in einen Unabhängigkeitskrieg mündete, standen zunächst nicht Fragen der Nationalisierung und Demokratisierung im Vordergrund, sondern das Verhältnis der heterogenen Einzelstaaten zueinander und die Rechte ihrer weißen Bevölkerung. Erst die zunehmende Abgrenzung von Großbritannien in der von Ungewissheiten bestimmten Nachkriegszeit und der Krieg von 1812 begünstigten in einem konflikthaften und widersprüchlichen Prozess „Schübe von Nationalisierung“, die häufig ökonomisch motiviert waren und sich mit Dezentralisierungstendenzen abwechselten. Der Ausbau marktwirtschaftlicher Prozesse und einer gemeinsamen Infra- und Kommunikationsstruktur führte nicht zur Entstehung eines starken Nationalstaates europäischer Prägung. Unterstützt durch die wirtschaftlichen und außenpolitischen Interdependenzen mit den europäischen Großmächten, bildete sich schließlich ein funktionierendes Staatswesen eigenen Typs heraus, das gleichwohl aus Sicht der europäischen Nationalstaatstradition vielfach als defizitär wahrgenommen wurde.

Stefan Rinke knüpft in seinem Beitrag zu Lateinamerika an Knöbls Befunde an und zeigt, wie auch hier nach der Unabhängigkeit Kontingenz und Unsicherheit die Situation in vielen Regionen bestimmten. Weiterwirkende Traditionen aus der Kolonialzeit, postrevolutionäre Desintegrationsprozesse und starke Regio-

nalisierungstendenzen ließen trotz der Bildung von Parteien, der Einführung von Verfassungen und der Abhaltung freier Wahlen die Etablierung funktionierender Nationalstaaten scheitern. Stattdessen entstanden Räume begrenzter Staatlichkeit, in denen rivalisierende Caudillos um Macht und Einfluss kämpften. Die Gewalt, die sich zuvor gegen die europäischen Machthaber richtete, kehrte sich nun nach innen. Die Durchsetzung einer politischen Ordnung blieb umstritten und ließ Raum für die Usurpation politischer Macht durch wechselnde Aspiranten. Der Zusammenbruch der Infrastruktur und geschwächte Außenhandelsbeziehungen trugen zur weiteren Destabilisierung der Situation bei. Die Etablierung von Nationalstaaten gleichberechtigter Staatsbürger scheiterte an der Persistenz kolonialer Hierarchien, ökonomischen Disparitäten, dem Fortbestand der Sklaverei und der fortgesetzten Diskriminierung der indigenen Bevölkerung. Gleichwohl verschwand das Revolutionsversprechen von Freiheit und Gleichheit nicht aus den Köpfen derjenigen, die von der Teilhabe ausgeschlossen blieben, und Kriege trugen zur weiteren Mobilisierung bisher marginalisierter Bevölkerungsschichten bei. Die dem nationalen Programm inhärente Teilhabeverheißung führte auch und gerade zur Politisierung der Bevölkerung, wo Eliten die Demokratisierung einzudämmen suchten.

Auch Wolfgang Gabbert zeigt in seinem Beitrag über Staats- und Nationsbildung in Mexiko, wie ein im internationalen Vergleich sehr früh formulierter verfassungspolitischer Demokratisierungsanspruch an der postkolonialen Wirklichkeit zerschellte. Der Revolution mit ihrem Freiheitsversprechen folgten Gewalt, Bürgerkriege und eine Situation der „inhärenten Instabilität“. Diese Konstellation begünstigte die Entstehung lokaler Patron-Klientel-Verhältnisse und den Aufstieg regional verankerter Caudillos, deren Separationstendenzen zu großen regionalen Disparitäten führten. Militarisierte Eliten bedienten sich der politischen und wirtschaftlichen Schwäche des jungen Staates für eigene Zwecke und formten ihn um zum politischen Machtinstrument wechselnder Regierungen. Allerdings begünstigte der Diskurs um liberale Rechte und Freiheiten hier auch die Emanzipation zuvor marginalisierter Gruppen wie der indigenen Bevölkerung. An Kontur gewann der mexikanische Nationalstaat jedoch erst durch den Kampf gegen die Intervention Frankreichs und die Opposition zum Zweiten Kaiserreich; die wirtschaftliche und politische Stabilisierung ließ bis an die Wende zum 20. Jahrhundert auf sich warten.

Jens Späth knüpft in seiner Entmythologisierung des italienischen *Risorgimento* an aktuelle Revisionsbestrebungen an und verwirft das bis Mitte des 20. Jahrhunderts tradierte Narrativ einer gelungenen italienischen Nationsbildung zugunsten einer differenzierten Betrachtung, die Ambivalenzen und Probleme des Nationalisierungsprozesses in den Mittelpunkt rückt. Er spricht von italienischen „Nationen“ eher als von der italienischen Nation und verweist auf die Divergenz unterschiedlicher regionaler Entwicklungen, die auch verschiedene Verfassungstraditionen umfassten. Späth hebt hervor, dass sich das Konzept

eines geeinten Italien überhaupt erst in der Revolution von 1848 entwickelte. Zuvor waren nationale Vorstellungen diffus und fragmentarisch geblieben und wurden regional sehr unterschiedlich aufgefasst. Der Nationsbildungsprozess setzte daher nach der italienischen Nationalstaatsgründung ein und war von zahlreichen Verwerfungen gekennzeichnet, die eine homogene italienische Nationalidee nicht entstehen ließen. Entsprechend konnte der Bezug zur Nation in Italien wahlweise als Befreiung von Fremdherrschaft oder aber als Vereinnahmung und Kolonialisierung des Südens durch den Norden verstanden werden.

Dagegen bezeichnet Rasmus Glenthøj den dänischen Nationalstaat geradezu als „textbook example“ einer gelungenen Nationsbildung, entstand er doch im 19. Jahrhundert infolge von Nationalismus, Demokratisierung und Krieg. Allerdings unterschied sich der dänische Fall von der für Europa typischen Entwicklung auf signifikante Weise. Dänemark konnte noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts als ein Imperium gelten, dessen Zusammenhalt dynastische Bindungen und eine absolutistische Regierungsform stifteten. Modernisierungstendenzen und internationale Konflikte lösten diesen Zusammenhang auf. Doch während das übliche Muster europäischer Nationsbildungen entweder in der Loslösung von einem Staat oder Imperium (slawische Staaten, Belgien, Polen) bestand, in der Einigung einer ‚Nation‘ (Deutschland, Italien) oder der Umwandlung eines bereits vorhandenen Staates in einen Nationalstaat (Frankreich, Niederlande, zum Teil auch Großbritannien), war Dänemark das einzige Land, das unter dem Einfluss von Liberalismus und Nationalismus aktiv an der Zerstörung seines Imperiums arbeitete, um vor dem Hintergrund der unvereinbaren Ziele der dänischen und deutschen Nationalbewegung die Nation zu retten.

Auch Christoph Jahr setzt sich mit Nationsbildungsmodellen auseinander und sucht den irischen Fall in die typische Verlaufsformen west- und osteuropäischer Nationsbildung einzuordnen. Dabei arbeitet er heraus, dass Irlands „Sezessionsnationalismus“ stärker ost- als westeuropäischen Mustern entsprach. Während die politische Entwicklung des Landes eher evolutionär geprägt war als revolutionär verlief, stellte sich Krieg im Fall Irlands als komplexe Verbindung unterschiedlicher Gewaltformen dar, die vom Guerillakrieg paramilitärischer Verbände bis zu den Auswirkungen des Ersten Weltkrieges reichte. Unterschiedliche Nationsvorstellungen existierten parallel zueinander und wurden von verschiedenen Gruppen jeweils unterschiedlich interpretiert. Die gemeinsame Basis von Konstitutionalisten und Republikanern erodierte im frühen 20. Jahrhundert; der seit 1916 geführte Bürgerkrieg wurde durch den Einfluss des Ersten Weltkrieges radikalisiert. Die Bildung einer einheitlichen irischen Nation setzte erst mit der Formierung eines irischen Parlamentes ein und war wesentlich durch die Auseinandersetzung mit dem britischen Imperium bestimmt.

Stefan Plaggenborg unterzieht in seinem Beitrag die nationalistisch geprägte Geschichtsschreibung der Türkei einer schonungslosen Überprüfung. Dem kemalistischen Gründungsmythos, der die Absetzung des Sultans und die

Gründung des türkischen Staates als Befreiungskrieg und nationale Revolution verstand, hält er einen differenzierten Blick auf bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen, heterogene Kampfhandlungen und einen durch eine kleine Elite forcierten Coup d'Etat entgegen. Entsprechend bildete die in Anlehnung an westliche Konzepte einberufene Nationalversammlung die soziale und ethnische Heterogenität des jungen Staates nicht ab; die Gesellschaft blieb zwischen religiös pluralistischem Osmanismus, ethnisch diversem Islamismus und dem siegreichen türkischen Kemalismus gespalten. Die Nationsbildung von oben wurde unter massiver Gewaltanwendung gegen die nicht turkophonen Bevölkerungsteile durchgesetzt. In ihrer Regierungspraxis, aber auch in ihrer Betonung eines modernisierungstheoretisch überhöhten Nationsnarrativ erwies sich die Entstehung der modernen Türkei somit als genuiner Bestandteil europäischer Nationsbildungsgeschichte.

Mathias Beer richtet den Blick nach Südosteuropa, wo während einer langen Abfolge von Aufständen, Krisen und Kriegen zwischen Russland und dem Osmanischen Reich neue Nationalstaaten heranwuchsen. Anders als in den anderen innereuropäischen Konflikten des 19. Jahrhunderts vollzog sich der Staatsbildungsprozess in Osteuropa mit einem hohen Maß an entgrenzter Gewalt entlang von religiösen, sprachlichen und ethnischen Konfliktlinien. Nationale Befreiung in den Räumen zerfallender Imperien war hier schon früh mit Massakern, Flucht und Vertreibung verbunden; der Balkan wurde zu einem Lernort für die „ethnischen Säuberungen“ des 20. Jahrhunderts. Mit den territorialen und bevölkerungspolitischen Verschiebungen ging aber, und darauf macht Mathias Beer in seinem Beitrag aufmerksam, gewissermaßen als Schutz des Nationalstaats vor sich selbst eine stetige Verrechtlichung des Minderheitenschutzes einher. Insofern, so die These, stelle sich der Balkan nicht nur als Labor für „ethnische Säuberungen“, sondern in Reaktion darauf auch als ein Labor für die Institutionalisierung von Minderheitenschutzbestimmungen dar.

Malte Rolf untersucht den Westen des russischen Reiches und betont in seinem Beitrag die fundamentale Zäsur des revolutionären Jahres 1905, mit dem im russischen Imperium ein Wandel vom inklusiven zum exklusiven Nationalismus einsetzte. Die Revolution war Katalysator eines aggressiven Nationalismus, der die bisher praktizierte soziale Durchlässigkeit zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen und die Möglichkeit kultureller Assimilation negierte. Zwar hielten die adeligen Eliten des russischen Imperiums an der Anerkennung der multiethnischen Realität fest. Doch die Radikalisierung des nationalen Diskurses öffnete einen Raum für die Verfolgung ethnischer und sozialer Minderheiten und insbesondere der jüdischen Bevölkerung und trug zur Legitimitätskrise des russischen Vielvölkerstaates bei. Auf diese Weise stellte die Revolution von 1905 das mentale Rüstzeug für die exklusive Nationsbildung nach der russischen Revolution von 1917/18 bereit, deren Folgewirkungen noch bis in die Zwischenkriegszeit zu spüren waren.

Wie als brutale Machttechnik angewandte Gewalt anstelle von Nationalismus und Revolution die Staatsbildung erzwingen kann, demonstriert schließlich Jörg Baberowski am Beispiel der asiatischen Peripherie der Sowjetunion. Nation und Revolution blieben hier bloße Worthülsen, mit denen strategisch eingesetzte despotische Gewalt gerechtfertigt wurde. Zwangsan- und -umsiedlungen und exemplarisch angewandte Gewaltexzesse dienten dazu, den Widerstand der nomadischen Bevölkerung zu brechen. Die Politik des Regimes an den Grenzen seines Reiches zielte auf die Eskalation und Heraufbeschwörung von Krisen, da es sich vom Ausnahmezustand die Stärkung der eigenen Position versprach. Auf den Versuch einer regionalen Nationalisierung konnte verzichtet werden, da Gewalt und Despotismus ausreichten, um die peripheren Regionen des sowjetischen Vielvölkerreiches zu regieren.

IV.

Obwohl die Beiträge sehr unterschiedliche Räume und Zeiten abdecken und obwohl sie Nationalismen behandeln, die klassisch unterschiedlichen Fällen zugerechnet werden (mit Wehler könnten wir den ein bereits existierendes Staatsgebilde national integrierenden Nationalismus, den verschiedene Regionen unifizierenden Nationalismus und den die Auflösung eines Imperiums begleitenden Sezessionsnationalismus von einem anti-kolonialen Nationalismus unterscheiden, der nicht mit der Entstehung von Nationalstaaten durch den Zerfall europäischer Landimperien identisch ist),³⁹ weisen sie erstaunliche Übereinstimmungen auf:

1. Herrschafts- und Elitenwechsel, Gewalthandeln und der Umbau der Legitimationsgrundlagen eines Gemeinwesens waren sehr dynamische Prozesse. Sie verbanden sich mit forcierter sozialer Interaktion, Inklusion und Exklusion sowie veränderten emotionalen Regimes. Deshalb spielen in allen Beiträgen nichtintendierte Nebenfolgen eine wichtige Rolle. Sie lenkten Prozesse in unvorhersehbare Richtungen und überforderten die Steuerungsfähigkeit der Akteure und Institutionen. Die Beiträge weisen auf die Offenheit der Situation und die Unsicherheit der Zukunft hin, mit der die zeitgenössischen Akteure konfrontiert waren. Und sie fordern zur Bescheidenheit bei ex-post Kategorisierungen und Typologisierungen auf.

2. Im Einklang mit den beiden für die Konzeption dieses Bandes leitenden Forschungssträngen (Globalisierung der Perspektiven, Mythologisierung und Dekonstruktion) machen sich alle Beiträge – teils mit Lust – an die Aufgabe,

³⁹ Vgl. Wehler, Nationalismus (wie Anm. 15), 50–53. Der hier angeführte Transnationalismus, mit dem der Export nationaler Vorstellungen nach Übersee beschrieben werden soll, bleibt eine unscharfe Kategorie.

die Begriffe „Revolution“, „Krieg“ und „Nation“ für ihren jeweiligen Fall analytisch zu dekonstruieren. So wie die Begriffe im Dienste einer zukunftsfähigen, gemeinschaftsbildenden und gemeinschaftsabgrenzenden nationalen Selbstbeschreibung eingesetzt wurden und teils auch in der Historiographie Verwendung fanden bzw. noch finden, lassen sie sich offenbar empirisch nicht fassen. Die „Revolution“ war ein Staatsstreich oder eine Machtübertragung ohne Elitenwechsel, der „Krieg“ bestand aus vielen Kriegen oder war gar kein Krieg, die „Nation“, die im neuen Staat zu sich selbst kommen sollte, musste unter Inkaufnahme teils exorbitanter Kosten an Menschenleben, Glück und Sachwerten erst geschaffen werden. Und nur allzu oft wurde selbst die Stiftung einer Nation nur von Wenigen beabsichtigt.

3. Nichtsdestoweniger gab es die wirkmächtige Trias aus „Revolution“ – „Krieg“ – „Nation“. Die Begriffe wanderten von Tatort zu Tatort, wurden über den Atlantik und quer durch Eurasien transportiert. Sie wurden in Transferprozessen angleichend adaptiert, im Streit innerhalb und zwischen gesellschaftlichen Gruppen konfiguriert und rekonfiguriert. Weil die Akteure um ihre Bedeutung wussten, setzten sie die Begriffe in der politischen Kommunikation ein. Und sie agierten in bestimmten Weisen, weil sie an die Wirkmächtigkeit des Zusammenhangs von Revolution, Nation und Krieg glaubten. Die empirische Dekonstruktion des zeitgenössisch und auch historiographisch mit Begriffen Behaupteten bedeutet nicht, dass die Begriffe keine Bedeutung hatten. Für Historikerinnen und Historiker ist es freilich wichtig, Behauptetes und dadurch auch Wirkmächtiges von empirisch Nachweisbarem zu unterscheiden.

4. Nicht alles Massengewalthandeln wurde in den untersuchten Fällen als Krieg und nicht jede Machtübertragung als Revolution ausgegeben. In manchen Fällen wurde der Konnex zwischen Revolution, Krieg und Nation hergestellt, in anderen nicht. Insofern fordern die Beiträge dazu auf, die Perspektive umzukehren, nicht dem als „Revolution“ und „Krieg“ Deklarierten zu folgen, sondern von empirischen Ereignissen auszugehen. Wenn wir Situationen identifizieren, die das Potential für „Revolution“ und „Krieg“ in sich trugen, können wir nach Mechanismen fragen, die die Trias von „Revolution“, „Krieg“ und „Nation“ ins Spiel brachten. Unter welchen Bedingungen und mit welchen Mitteln nutzten Gesellschaften oder gesellschaftliche Gruppen das Potential, das in Ereignissen oder Ereignisketten schlummerte? Wie und warum gelang es, einer Situation einen bedeutsamen Rahmen zu geben, der Glauben finden und damit voraussehbare Anschlusshandlungen auslösen konnte?

Wenn wir in dieser Weise von der Mikroebene, von einem Ensemble von Möglichkeitsräumen aus auf die Begriffstrias „Revolution“, „Krieg“ und „Nation“ schauen, eröffnet sich die Chance, anstelle der von Westeuropa aus gedachten Nationaltypologien neue Kategorien zu entwickeln, welche die Ergebnisse dekonstruktivistischer Ansätze aufnehmen und Konsequenzen aus den globalisierten Perspektiven des 21. Jahrhunderts ziehen. Einige Beiträge dieses Bandes fordern

mehr oder weniger polemisch ein Ende des explizit oder implizit von west- und mitteleuropäischen Normalbildern ausgehenden Nationsdenkens ein, das in Adjektiven wie „verspätet“ oder „unvollständig“ seinen Ausdruck findet. Nun argumentieren aktuelle Ansätze der Nationsforschung nicht mehr teleologisch und untersuchen eher Vielfalt als Haupt- und Sonderwege.⁴⁰ Doch wenn Wolfgang Knöbl vorschlägt, nach „Schüben der Nationalisierung“ zu suchen, oder Malte Rolf für eine begriffsgeschichtliche Herangehensweise plädiert, die mit Transfers und streitigen Interaktionen rechnet, scheinen Möglichkeiten auf, die Vielfalt in neuer Weise zu systematisieren. Die Aufsätze des vorliegenden Bandes können insofern dazu anregen, gesellschaftsübergreifende Vergleiche jenseits des west- und mitteleuropäischen Raumes vorzunehmen, um dadurch erstens die Möglichkeitsräume von Situationen und Ereignissen auszumessen, in denen die wirkmächtigen Begriffe „Revolution“, „Krieg“ und „Nation“ zur Anwendung gebracht werden konnten, und zweitens über die vergleichende Betrachtung Regelhaftigkeiten bis hin zu Mechanismen der Anwendung aufzuspüren und so der Nationalismus- wie der Moderneforschung neue Perspektiven zu eröffnen.

⁴⁰ Vgl. etwa die Beiträge in *Breuilly* (Hrsg.), *Handbook* (wie Anm. 6).